

GERECHTIGKEIT FÜR ÜBERLEBENDE SEXUELLER GEWALT

Herr Alkali,

in dem Bericht Nigeria: A harrowing journey: Access to justice for women and girls survivors of rape hat Amnesty International Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch Polizeibeamt_innen an Überlebenden von sexueller Gewalt dokumentiert.

Die Recherchen von Amnesty International haben ergeben, dass seit dem pandemiebedingten Lockdown die Zahl von Vergewaltigungen in Nigeria sprunghaft angestiegen ist. Überlebende, die eine Vergewaltigung anzeigen, sehen sich Schuldzuweisungen, abwertender Behandlung, finanzieller Erpressung und Stigmatisierung ausgesetzt. Die Ausbildung von Polizeibeamt_innen im Umgang mit Überlebenden sexueller Gewalt ist unzureichend, ebenso die Ausstattung der Polizeistationen: Diese verfügen oft weder über Räumlichkeiten, welche die Privatsphäre der Überlebenden schützen, noch über die nötigen Transport- oder Finanzmittel, um Überlebenden beispielsweise den Zugang zu einer gerichtsmedizinischen Untersuchung zu ermöglichen. Häufig wird Überlebenden und ihren Familien geraten, eine außergerichtliche Lösung mit den Tätern zu suchen und von einer Anzeige abzusehen.

Oben genannte Erfahrungen und der daraus resultierende Mangel an Vertrauen in die Polizeikräfte führen dazu, dass der Großteil der Fälle sexueller Gewalt nicht zur Anzeige gebracht wird und die vorherrschende Kultur der Straflosigkeit und der Stigmatisierung der Überlebenden bestehen bleibt.

Ich fordere Sie daher auf sicherzustellen,

- dass Polizist_innen speziell ausgebildet und Polizeistationen finanziell und logistisch dafür ausgestattet werden, Anzeigen sexueller Gewalt aufzunehmen und Ermittlungen gegen die Täter einzuleiten.
- dass die Polizei mit den Überlebenden sexueller Gewalt auf gendersensible Weise umgeht, ihnen alle nötige Unterstützung bietet, ihre Privatsphäre schützt und sie über die Möglichkeiten von medizinischer, psychologischer und rechtlicher Unterstützung informiert.
- dass Korruptionsvorwürfe gegen Polizist_innen oder Beschuldigungen von Fehlverhalten und Übergriffen im Zusammenhang mit Anzeigen von sexueller Gewalt disziplinarisch verfolgt und gegebenenfalls bestraft werden.

Hochachtungsvoll,

1

Name, Vorname

Anschrift

Unterschrift

2

Name, Vorname

Anschrift

Unterschrift

3

Name, Vorname

Anschrift

Unterschrift

4

Name, Vorname

Anschrift

Unterschrift

5

Name, Vorname

Anschrift

Unterschrift

Datenschutzhinweis: Amnesty International Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V. verarbeitet Ihre angegebenen Daten nur für die Durchführung dieser Petition. Die Daten werden an den oder die Adressaten der Petition übergeben. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.amnesty.de/datenschutzhinweise

Bitte senden Sie diese Petitionsliste bis 31.12 2022 an Lisa Nöth, Freienwalder Strasse 34, 13359 Berlin.

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Nigeria Koordinationsgruppe

Zinnowitzer Strasse 8, 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321. E: kogruppe@amnesty-nigeria.de. W: www.amnesty-westafrika.de

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

IBAN: DE23370205000008090100 . BIC: BFSWDE33XXX

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

